

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

7.4.1870 (No. 83)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 7. April.

N. 83.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühren eingeschlossen, 4 fl. 6 fr. u. 2 fl. 3 fr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben mit höchster Beschließung vom 4. d. Mts. gnädigst geruht, den Geh. Hofmaler Vischer in München zum außerordentlichen Professor des Figurenzeichnens an der Polytechnischen Schule dahier zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

Stuttgart, 6. Apr. Ein Erlass des Ministers des Innern besagt — in wesentlicher Uebereinstimmung mit der neulichen offiziellen Kundgebung des Staatsanzeigers — daß die Regierung die Möglichkeit weiterer Einsparnisse im ganzen Staatshaushalt anerkenne und deshalb den Hauptbestandtheil einer erneuten Prägnung unterzogen habe. Das Rundschreiben zählt nun die bereits bekannten Aenderungen im Kriegsdepartement auf, setzt die Nothwendigkeit der Vertagung des Landtags auseinander und erklärt die Beschäftigungen einer Aenderung der politischen Verhältnisse Württembergs für grundlos. Das Rundschreiben spricht nochmals aus, die Regierung werde unverbrüchlich an den mit Preußen geschlossenen Allianzverträgen festhalten und die übernommenen Pflichten, ehlich und patriotischen Sinnes erfüllen; sie werde deshalb ein aufrichtiges freundschaftliches Verhältnis zu dem Norddeutschen Bund zu erhalten bestrebt sein, und erwähnt unter den zu machenden Gesetzentwürfen die Revision des neuesten Verfassungsartikels: die Ersetzung des Geheimraths durch ein Staatsministerium betreffend. Schließlich werden die Ressortbeamten aufgefordert, der weiteren Verbreitung einer falschen Auffassung und falscher Nachrichten entschieden entgegenzutreten.

Wien, 6. Apr. Das Herrenhaus nahm den Schulgesetz-Entwurf nach der Fassung des Unterhauses an, nachdem die Kommission der Aenderungen Abstand genommen und der Minister des Innern die en bloc-Akklamation bekräftigt hatte. In der Maximiliansstraße ist ein Baugerüst eingestürzt; man spricht von 9 Todten und 7 Schwerverwundeten.

St. Petersburg, 5. Apr. Nach Beendigung der Truppenübungen bei Krasnojelo wird der Kaiser mit der Kaiserin nach der Krim reisen und von dort aus den Kaukasus besuchen, vorher jedoch wird der Kaiser sich nach Deutschland zur Badekur nach Ems und zum Besuch an den Hof zu Darmstadt begeben.

Deutschland.

Karlsruhe, 6. Apr. Seine Königliche Hoheit der Großherzog begab sich heute früh 7 Uhr 20 Min. mit Sr. Grob. Hoheit dem Prinzen Wilhelm nach Mannheim, um die dort zusammengezogenen Landwehrtruppen in Augenschein zu nehmen. Im Gefolge des Großherzogs befanden sich die Generaladjutanten Kriegsminister Generalleutnant von Beyer und Generalleutnant von Neubronn, der Chef des Generalstabs Oberleutnant von Leszczynski, sowie der Flügeladjutant Major von Bogel. Bei dem Eintreffen auf dem Bahnhof zu Mannheim wurde der Großherzog von dem Landeskommissar Ministerialrath Stöber und dem Stadtdirektor von Stengel empfangen. Von hier begab sich Höchsterseits mit dem Prinzen und seiner Umgebung sofort nach einer unweit dem Bahnhof gelegenen Wiese, auf welcher die Landwehrcompagnien exerziren. Nachdem Sr. König. Hoheit die Truppen inspiziert hatten, verfügten sich dieselben in die Heilbahn des Leib-Drägerregiments, wo Höchsterseits sich von einigen Reiterabtheilungen die Reumonten vorführen ließen. Der Großherzog bestaunte hierauf die Rheinbrücke, besuchte die Probefabrik des Herrn Engelhorn (welche auch für das in Mannheim stationirte Militär das Brod liefert), sowie die Infanterietasche und kehrte sodann nach dem Bahnhofe zurück. Hier hatte sich wieder der Landeskommissar und Stadtdirektor, sowie der Oberbürgermeister Achenbach zur Begrüßung des Großherzogs eingefunden; Höchsterseits kehrte mit Sr. Grob. Hoheit dem Prinzen Wilhelm und seiner Umgebung mit Zug 12 Uhr 15 Min. nach Karlsruhe zurück.

Karlsruhe, 6. Apr. Ihre Großherzogliche Hoheit die Herzogin von Sachsen-Koburg, geborene Prinzessin Alexandrine von Baden, ist heute Nacht 40 Minuten nach 12 Uhr zum Besuche der Großherzoglichen Familie in Karlsruhe eingetroffen.

Stuttgart, 4. Apr. (Köln. Z.) Die bei der Karlsruher Notabelnversammlung Süddeutscher Nationalen im Januar d. J. eingesetzte Kommission hat gestern hier gesagt. Derselben war insbesondere der Auftrag überwiesen worden, die in Karlsruhe nicht vertretenen Bayern einzuladen, in die damals geschaffene Organisation einzutreten,

welche im Wesentlichen zum Zwecke hat, öfters gemeinschaftliche Besprechungen, wie die Karlsruher, einzuleiten. Zum getriggen Zulassentritt der Kommission haben die Bayern selbst die Anregung gegeben. Es erschienen von ihnen Marq. Barth, Marquardsen und v. Stauffenberg; von den Badenern Eckhard und Röder; von den Hessen Dernburg und Bamberger (Bruder L. Bamberger's), Hölzer, Römer und G. Müller nahmen als württembergische Kommissionsmitglieder an der Besprechung Theil. Der Ausschuss der bayerischen Fortschrittspartei hat nunmehr die getriggen Beschlüsse, welche sich auf Beitritt zu der oben bezeichneten Organisation bezogen, zu ratifiziren. Der Ausschuss hat München, 4. Apr. (Bayr. Bl.) In Offizierskreisen behauptet man, der Kriegsminister Hr. v. Franck habe nicht länger auf seinem Posten zu verbleiben, als bis das Militärbudget beraten sei; dann werde er seine Entlassung nehmen. Als seinen Nachfolger nennt man den General Maackinger, einen Offizier, der sich auch schon mehrfach als Militärschriftsteller hervorgethan hat.

München, 5. Apr. (A. Ztg.) Bezüglich des Entwurfs eines neuen Landtags-Wahlgesetzes, so weit derselbe zur Zeit festgesetzt ist, vernimmt man, daß das allgemeine Wahlrecht sehr weit ausgedehnt wird, und daß die Abgeordneten künftig keine mehr erhalten sollen. Bezüglich der Zahl der Abgeordneten soll die bisherige Bestimmung auf 31,500 Seelen ein Abgeordneter, beibehalten werden. Der Gesetzentwurf dürfte in nächster Zeit in den Staatsrath gelangen und dessen Vorlage an die Kammer wohl bald nach Oetern möglich sein. Dem Vernehmen nach haben Hr. Reichrath v. Gramer-Klett in Nürnberg und die Bank in Darmstadt um die Verleihung der Koncession zur Errichtung eines neuen Bankgeschäfts in Nürnberg nachgesucht und ist Dr. Meck in Nürnberg bereits zum Direktor der neuen Bank bestimmt.

München, 5. Apr. (Wien. Bl.) Graf Kalnoky, Gesandtschaftssekretär in London, wird hier österreichischer Gesandter; Graf Taaffe findet in Wien eine andere Verwendung.

Dresden, 5. April. Das heutige „Dresdner Journ.“ erklärt auf Grund genauer Information die von Zeitungen verbreitete Nachricht, der König von Sachsen habe bezüglich der Todesstrafe einen Brief an den König von Preußen gerichtet, für völlig grundlos.

Braunschweig, 2. Apr. Die Landesversammlung hatte den aus den Beratungen der Synode hervorgegangenen § 2 des Synodalgesetzes: „Mitglieder der Landessynode sollen sein: 1) 12 geistliche und 16 weltliche Abgeordnete, welche nach Wahlkreisen gewählt werden; 2) 4 von dem Landesherren kraft der ihm zustehenden Kirchengewalt nach dessen Ermessen zu ernennende Abgeordnete“ in der Sitzung vom 18. Jan. mit 30 gegen 12 Stimmen verworfen und einen Antrag des Abg. Bode (Braunschweig) angenommen, welcher lautete: „Mitglieder der Landessynode sollen sein: 12 geistliche und 24 weltliche Mitglieder“ u. s. w. Das Staatsministerium hat in einem Schreiben vom 13. März erklärt, daß es diesem Beschluß mit Bezug auf die auf die Beisitzende der Synode zu nehmenden Rücksichten ablehnen müsse. Es hat dagegen vorgeschlagen, die frühere, von der Synode anfänglich angenommene Bestimmung des ursprünglichen Entwurfs wieder herzustellen, nach der vom Kirchenregimente 2 geistliche und 2 weltliche Abgeordnete zu ernennen sind. Die Landesversammlung beschloß gestern, hierauf nicht einzugehen, und nahm einen Antrag des Abg. Bode an, wonach 1) die Anzahl der weltlichen Abgeordneten gegenüber der der geistlichen erhöht wird, mindestens etwa im Verhältnis von 15 zu 10 oder 18 zu 12, 2) dabei die Berechtigung des Kirchenregiments, Abgeordnete in die Synode zu ernennen, wegfällt, oder doch darauf beschränkt werde, je einen Abgeordneten aus dem weltlichen und aus dem geistlichen Stande zu ernennen. In der heutigen Sitzung wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Die herzogliche Landesregierung aufzufordern, sobald als thunlich ein Gesetz vorzulegen, durch welches 1) der bisher bestehende Tauf- und Konfirmationszwang beseitigt, 2) der Schulzwang bezüglich des Religionsunterrichts für Kinder der einer anerkannten Religionsgesellschaft nicht angehörigen Eltern aufgehoben, 3) die Gleichstellung der einer anerkannten Kirchengemeinschaft nicht angehörenden Landesbewohner durch einen bürgerlichen Akt ermöglicht wird, und 4) das Begräbnis der sub 2) genannten Landesbewohner geordnet, sowie auch Zivilstandsregister, soweit solche erforderlich sein sollten, eingeführt werden, im Uebrigen aber das Gesetz unberücksichtigt zu lassen.

Berlin, 5. Apr. Reichstag. Der Entwurf zur Konsolidirung der Bundesanleihe wird in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. Der Additional-Postvertrag mit Schweden wird in zweiter Lesung angenommen. Es folgt bei der fortgesetzten Beratung des Strafgesetzbuches die Annahme der Anträge Laster und Schwarz.

Berlin, 5. Apr. Der Minister für die Landwirtschaft, Angelegenheiten, Hr. v. Seelow, hat eine Dienstreise nach der Provinz Pommern angetreten. Seine Rück-

kehr nach der Hauptstadt ist Ende dieser Woche zu erwarten.

Einige Blätter fahren fort, für die in Erledigung kommende Stelle des General-Postdirektors v. Phillipsborn schon diesen oder jenen Kandidaten als bestimmt in Aussicht genommen zu bezeichnen. Sicherer Bestehen nach aber haben über die Wiederbesetzung dieser Stelle noch gar keine Beratungen stattgefunden. Auch ist bis jetzt von Hr. v. Phillipsborn noch kein förmliches Entlassungsgesuch eingereicht worden. Indessen unterliegt kein baldiges Ausscheiden aus dem Staatsdienste keinem Zweifel. Ueber die Besoldungsverhältnisse des Hr. v. Phillipsborn in seiner künftigen Stellung als Präsident der Bodenkredit-Gesellschaft werden von einem Theil der Presse unrichtige Mittheilungen verbreitet. Zuverlässigen Angaben nach erhält derselbe jährlich eine feste Besoldung von 8000 Thalern, sowie eine Repräsentationsentschädigung von 4000 Thlr. nebst einer Lantime vom Ertrage des Geschäfts.

Das Gerücht, der Direktor des statistischen Bureau's Geh. Ob.-Reg.-Rath Dr. Engel, begehe die Absicht, wegen verschiedener Konflikte mit dem Ministerpräsidenten und mit dem Minister des Innern den Staatsdienst zu verlassen, ist ebenfalls ungenau. Von solchen Konflikten ist in den Kreisen, die darüber unterrichtet sein müßten, nicht das mindeste bekannt. Der Geh. Ob.-Reg.-Rath Koch im Ministerium des Innern Decernirt für das Beschickungswesen, tritt zum 1. Mai in den Ruhestand. Wie verlautet, ist demselben vom Könige bei der Genehmigung seines Abschiedsgesuches der Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse verliehen worden.

Seit dem Rücktritt des Wirtl. Geh. Rath's v. Oders ist bekanntlich der Posten eines Generaldirektors der Königl. Museen erledigt. Demnach steht die Wiederbesetzung dieses Postens zu gewärtigen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Apr. In lasse die wirren Kombinationen der Blätter, meist nach den Hoffnungen oder Befürchtungen der betreffenden Parteien konzipirt und zugeführt, über den Stand und Ausgang der Krisis bei Seite. Thatsächlich läßt sich nur melden, daß das Ministerium Hasner seine Entlassung nachgesucht und erhalten und daß Graf Potoki den Auftrag erhalten, aber noch nicht endgültig angenommen hat, ein neues Ministerium zusammenzusetzen. Es liegt auf der Hand, daß so lange dieses Ministerium nicht gefunden ist, von der Feststellung irgend einer Regierungsaktion nicht die Rede sein kann, obgleich ohne Zweifel die Krone den Männern ihres Vertrauens von vornherein die Richtung einer solchen Aktion vorzeichnen wird.

Wien, 5. Apr. Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Graf Potoki versucht vor Allem einige Mitglieder des entlassenen Ministeriums zu gewinnen, um die verfassungsmäßige Continuität schon durch die Personen zu veranschaulichen. Die Bemühungen richten sich namentlich darauf, Dr. Breitel zur Fortführung des Finanzministeriums zu überreden. Heute Vormittag hatte Graf Potoki Audienz bei dem Kaiser, doch kamen dabei nur Gegenstände rein geschäftlichen Inhalts zur Sprache, und wurde die politische Situation gar nicht berührt. Der Präsident des Herrenhauses, Fürst Karl Auersperg, hat sich über den heutigen Tag auf sein Gut Albrechtshaus begeben, wovon die Nachrichten, als ob er auch in der politischen Kombination stünde, auf das ihnen zukommende Maß zurückzuführen sind.

Wien, 5. Apr. (A. Ztg.) Graf Potoki hat sich nach seinem Amtsantritt sofort mit Reichbauer in Verbindung gesetzt; die Uebereinstimmung in der Wahlreformfrage unter gleichzeitiger Befriedigung der Ansprüche der Nationalitäten und der Kräftigung des deutschen Elements ist gefunden. Der Versuch zur Erhaltung Breitel's für das Finanzportefeuille, wie zur Erhaltung Perner's, Bannhans' und Stremayr's ist gemacht; eventuell ist Hasner an Stelle Breitel's in Aussicht genommen. Kaiser und Kellerberg sind die Portefeuilles noch nicht angeboten. Die Angabe, die Ernennung Potoki's verstoße gegen den Wunsch Andrássy's, ist völlig unbegründet.

Wien, 6. Apr. Die Klubs der beiden Linken und die äußerste Linke des Reichsrathes haben beschloffen, vor dem Schluß des Reichsrathes eine Adresse an den Kaiser zu richten. Breitel hat entschieden den Wiedereintritt in das neue Kabinett abgelehnt.

Wien, 4. Apr. Die der Vollendung nahestehende Eisenbahnbrücke über die Drau ist kaum den darauf besindlichen Arbeitseuten ins Wasser gestürzt; mehrere Menschenleben sind zu Grunde gegangen; vier werden vermißt, acht wurden verwundet. Durch das Unglück wird die Eröffnung der Strecke Esseg-Willany verzögert.

Schweiz.

Bern, 5. Apr. (Bund.) In der am letzten Samstag in Solothurn versammelten Diözesankonferenz

haben 6 Stände: nämlich Bern, Solothurn, Luzern, Argau, Baselland und Thurgau erklärt, daß sie in Zukunft an das bischöfliche Seminar keine Beiträge mehr leisten werden. Einverstanden mit der am Seminar herrschenden Richtung erklärte sich nur der bekannte Ständerath Dossenbach von Zug. Es kam in dieser Konferenz auch die Haltung der katholischen Schweiz zum Konzil und dessen Beschlüssen zur Sprache; doch wurden alle Entschlüsse in dieser Richtung vertagt bis nach dem Schlusse des Konzils, wo dann die Angelegenheit auf einer Spezialkonferenz neuerdings besprochen werden soll.

Italien.

Rom, 30. März. Der Konzils-Korrespondent der „Allg. Ztg.“ berichtet heute, daß man in der regierenden Partei ernstlich die Frage erörtere, ob es nicht gerathen sei, wenn Pius IX. noch zu seinen Lebzeiten der Papstwürde entsage. Die regierende Partei, so fürchte man, läuft nach dem Tode Pius IX. Gefahr, einen Papst zu erhalten, der nicht mehr ihr dienlich sei, nicht ihr System fortführen wird; und es ist gewiß, daß der nächste Papst den Staaten, den Karabinieri, dem Episkopat gegenüber viel schwächer sein wird, als der jetzige. Viel, sehr viel von den gegenwärtigen Machtmitteln des Papstthums hängt an der Person Pius IX. und wird mit ihm zu Grabe getragen. Alle diejenigen, die bei der Fortdauer des Systems theilhaftig sind, haben auch ein Interesse, daß der persönliche Einfluß dieses Papstes seine Regierung überdauere. Nur er kann auf seinen Nachfolger seine eigenen Verbindungen mit Frankreich übertragen, nur er kann die Wahl eines Nachfolgers im jesuitischen Sinne sichern. Aber um das auszuführen, müßte er sein eigenes Pontifikat überleben, selbst den erwünschtesten Nachfolger bestimmen, selbst ihn einsetzen und mit seinem ganzen persönlichen Ansehen beschützen. So soll der kühne Gedanke — einer Abdikation Pius IX. und einer neuen Papstwahl noch während seines Lebens erwacht sein. Pius IX. ist nahe an 80, zwei Jahre älter, wie man sagt, als offiziell angegeben wird. Am 16. Juni 1846 erwählt, vollendet er am 16. Juni 1870 das 24. Jahr seines Pontifikats. Es geht nun eine alte in Rom fest geglaubte Sage, daß kein Papst es auf 25 Jahre der Regierung bringe, daß nur St. Petrus allein dieses Vorrecht, ein Vierteljahrhundert lang Papst zu sein, besessen habe. Thatsache ist, daß von den 255 Vorgängern des jetzigen Papstes keiner 25 Jahre lang das Pontifikat verwaltete; auch solche, die, wie Innocenz III. und Leo X., mit 37 Jahren schon erhoben wurden, starben früher. So hätte also Pius nach diesem Glauben, der nicht bloßer Volksglaube ist, nur noch ein Jahr zu leben. Er ist aber trotz seiner Jahre gesund und auffallend kräftig, und hat, da man in seiner Familie sehr alt zu werden pflegt, Aussicht, noch lange zu leben, nur nicht als — regierender Papst. Als untergehende Sonne betrachtet zu werden, während alles auf seinen baldigen Tod spekulirt, ist keine angenehme Aussicht für einen Mann, in dessen Charakter ein großes Selbstgefühl liegt. Etwas anderes wäre es im Moment des glorreichen Triumphes über das Konzil, nach erworbener Unfehlbarkeit, derselben für sich zu entsagen, seinen Erfolg nicht genießen zu wollen, auf eine solche Macht im ersten Augenblicke des Genusses zu verzichten, und sie mit dem ganzen Pomp der Erbschaft in die Hände eines Jüngeren niederzulegen. So könnte der nächste Juni die glänzendsten Jubelfeste sehen, und das heutige System verewigt und eine Art Erbllichkeit für das Papstthum gestiftet werden. Es würde dann der Papst, wie der Stifter der nordamerikanischen Republik nach seiner zweiten Präsidentschaft, in ein ruhmgekröntes Privatleben zurückkehren, die dem bisherigen Ceremoniell unbekanntem Ehren eines Er-Papstes genießen und seine Tage schließen in einer Stellung von beispielloser Erhabenheit. In den Kreisen — und sie gehören zu den eingeweihtesten — in welchen die Existenz der oben mitgetheilten Projekte mit großer Bestimmtheit erzählt wird, will man auch den Mann kennen, den sich Pius zu seinem Nachfolger aussuchen habe, es ist der erst 44-jährige Billo, der eben so sehr das Vertrauen des Papstes wie der Jesuiten besitzt. Er hat den Syllabus redigirt, das erste Schema mit den Jesuiten zu Stande gebracht; kurz an ihm hätte Pius die Befriedigung, die Fortdauer seines Systems auf viele Jahre hinaus gesichert zu wissen. Freilich, wenn auch die eben erlegten 16 oder 18 Kardinalshüte an Männer vergeben würden, die diesen Ansichten beipflichten, wäre es doch noch immer eine Frage, ob es Pius gelingen wird, auch als abgetretener Papst noch das Conclave zu beherrschen. Viele meinen: die Karidinele würden dann nach so oft erprobter Weise einen sehr bejahrten Mann wählen, und man nennt den Kardinal de Angelis als den wahrscheinlichsten.

Rom, 1. Apr. Dem Vernehmen nach sind die orientalischen Bischöfe der Opposition einer harten Behandlung ausgesetzt. Zwei derselben werden in dem Gefängnisse des Santo Ufficio festgehalten, anderen ist die Verhaftung für den Fall einer fortgesetzten Widerspenstigkeit angedroht. Die Mißhandlung des griechischen Bischofs von Babylon ist noch in frischem Gedächtnisse. Die türkische Regierung hat ihren Gesandten in Florenz angewiesen, sich nach Rom zu begeben, um im Interesse der orientalischen Bischöfe Schritte zu thun. — Der „Standardo Cattolico“, welcher aus den Zeichen der Zustimmung oder Mißbilligung, die zu Zeiten aus der Konzils-Kula hinaus in den übrigen Theil von St. Peter schallen, den Schluß zieht auf die Aufmerksamkeit, mit der die Väter zuhören, die Sorgfalt, mit der sie studiren, und die volle Freiheit, deren sie in ihrem wichtigen Geschäfte genießen, und zugleich versichert, daß solches außergewöhnliche Geräusch, welches nur kleine Geister als „Zumult“ bezeichnen könnten, nichts Anderes sei und sein könne, als die Manifestation der tiefen Ueberzeugung und des brennenden Eifers des Redners und aller Konzilsväter — eben dieser „Standardo“ bringt in demselben Aufsatze die nicht uninteressante Nachricht, daß

bis jetzt seine Gegner und Gegner überzeugt gewesen, daß die Unfehlbarkeit definiert werden würde, daß aber seit einigen Tagen diese Ueberzeugung sich gemindert habe und gegenwärtig Einige sogar die entgegengesetzte Ueberzeugung hegten. Der „Standardo“ spricht als gesinnungsstüchtiges Blatt gewiß aus guten Quellen, und seine Aussage stimmt auffallend mit der Notiz von der niedergeschlagenen Stimmung, die im großen Jesuitenpalais in Genu herrscht.

* Aus Rom melden die Korrespondenten verschiedener englischer Blätter von der Ausweisung dreier englischen Damen, die unter den dort anwesenden Engländern allgemeine Entrüstung erregt hat. Am 24. März fanden sich bei den genannten Damen drei Gendarmen und ein Polizeibeamter in Zivilkleidern ein, die eine gründliche Hausdurchsuchung veranstalteten. Zwei Tage später wurde ihnen eine Verfügung zugestellt, in 24 Stunden die Stadt zu verlassen. Der diplomatische Vertreter Englands, Odo Russell, sowie der Konsul Sereny, thaten ihr möglichstes, die Sache rückgängig zu machen, und setzten sich mit Kardinal Antonelli in Verbindung. Schließlich appellirte man sogar an den Papst selbst, jedoch Alles vergebens. Nach 48 Stunden — man hatte eine weitere Gnadenfrist von einem Tage gewährt — verließen zwei der genannten Damen Rom, während die dritte blieb und erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Ein Gerücht, als hätten sich die Ausgewiesenen diese Maßregelung durch die Verbreitung italienischer Bibeln zugezogen, wird entschieden als unbegründet in Abrede gestellt, während andererseits die Berichterstatter in dem Punkte übereinstimmen, daß dieselben im höchsten Grade harmlose Persönlichkeiten gewesen seien. Ein Grund für die Ausweisung wurde nicht angegeben.

* Rom, 4. Apr. Der König und die Königin von Neapel werden gleich nach Ostern nach Schloß Schönbrunn abreisen, das ihnen der Kaiser von Oesterreich zur Verfügung gestellt worden.

Frankreich.

Paris, 4. Apr. (Röln. Ztg.) Alle Versuche, das Ministerium durch die Frage des Plebiszits zu zersprengen, sind mißglückt. Koubler war es, der den Gedanken beim Kaiser angeregt. Er wußte wohl, auf wie fruchtbaren Boden sein bezüglischer Wink fallen werde. Das Ministerium, anfänglich der Anwendung dieses Mittels sehr wenig günstig, glaubte es sich schuldig zu sein, dem Gegner die Waffe zu entwinden, deren er sich gegen das Kabinett bedienen wollte. Graf Daru war der eifrigste, der für einen Appell an das Volk eintrat, nachdem die Idee überhaupt einmal aufgeworfen worden. Die Minister saßen in einer längeren Berathung den Entschluß, sich durch diese Frage weder unter einander noch vom Kaiser trennen zu lassen. Sie stimmten alle dem Plebiszit zu. In offizieller Form darf das freilich noch nicht eingestanden werden, da dem Senat die offizielle Anregung einer allgemeinen Abstimmung vorbehalten ist. Das linke Zentrum hatte gestern seine Delegirten zu Ollivier gesandt. Sie hatten den Auftrag, gegen das Plebiszit ohne ein vorhergehendes Votum der Kammer zu protestiren. Nach Ansicht des linken Zentrums müßte das Kronrecht des Plebiszits mit dem Parlamentarismus dadurch in Einklang gebracht werden, daß ein Appell an das Volk immer nur dann stattfinden dürfe, nachdem über die zu ratifizirende Frage ein Votum beider Häuser des Parlaments eingelegt worden sei. Diesem Einwande gegenüber hat Ollivier in entschiedener Weise der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es unmöglich erscheine, den Kaiser für diese Doktrin zu gewinnen, und daß das Kabinett mithin sich außer Stande sehe, diesem Wunsche der Fraktion nachzukommen. Die Delegirten des linken Zentrums bestanden in der Folge darauf, daß mindestens der Gehörgebende Körper in die Lage versetzt werde, sich gleichfalls über das neue Senatuskonsult auszusprechen, da es nicht wohl zulässig erscheine, daß alle Urwähler, nicht aber auch die Erwählten der Nation, hierüber befragt würden. Ollivier erklärte sich in möglichst verständlicher Weise dahin, daß es die Achtung vor dem Senat erheische, seinem Urtheil und seinem Amendirungsrecht durch eine Debatte im Gesetzgeb. Körper nicht vorzugreifen, und daß es im Uebrigen ein schwieriges Ding sei, ließe man die Diskussion der betreffenden Interpellationen zu, unangenehme Debatten und motivirte Tagesordnungen zu vermeiden, die das Ministerium des Senates wegen nicht annehmen könne. Die Delegirten entfernten sich und erhielten die Zusicherung, daß Ollivier in Person bei der Fraktionsitzung des linken Zentrums, die um 5 Uhr Nachmittags angelegt war, erscheinen werde. In der That nahm er mit Buffet und Daru an dieser Sitzung Theil. Buffet war schweigsam, Ollivier namentlich suaviter in modo, Daru aber auffallend forlitter in re, da er der Fraktion sogar vorwarf, sie sei „undankbar“. Man habe ihr schon so viele Zugeständnisse gemacht und sie scheine unerfülllich. Thiers hatte alle Mühe, den aufgeregten Minister des Aeußern zu beruhigen. In der Zwischenzeit hatte sich jedoch das linke Zentrum mit dem rechten Zentrum in Verbindung gesetzt und ihm begreiflich gemacht, daß es als ausschlaggebende Mehrheit der ministeriellen Partei die Rechte der Kammer nicht verkommen lassen dürfe. Das rechte Zentrum trat Abends 10 $\frac{1}{2}$ Uhr zusammen. Ollivier erschien auch hier, diesmal von Chevandier de Balrome begleitet. Er vertrat auch hier die Sache des Plebiszits und erklärte sich zum Nachgeben in der Interpellationsfrage bereit, vorbehaltlich der Zustimmung seiner Kollegen, falls eine Tagesordnung eingebracht und votirt würde, welche das Vertrauen in das Kabinett ausspreche. Diese Tagesordnung ward versprochen. Heute Morgen entschloß sich das Kabinett, unter dieser Bedingung die Diskussion schon heute anzunehmen, und in diesem Moment ist Hr. Grevy auf der Tribüne, um seine Interpellation über die konstituirende Gewalt zu entwickeln. Die Lage hat sich wieder etwas aufgeklärt und die Eintracht des Kabinetts ist fester als je.

* Paris, 5. Apr. Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 5. April.

Heute ging es ziemlich heiß her. Nach Verlesung des Protokolls und Einbringung einer Interpellation des Hrn. v. Choiseul über die Nothwendigkeit, im Falle des Plebiszits den Wortlaut desselben vorher dem Gesetzgeb. Körper vorzulegen, wird die Diskussion von gestern wieder aufgenommen.

Hr. Duqué de la Fouconnerie, dem zuerst Hr. Bort ertheilt wird, überläßt es dem Baron Jérôme David: Wenn man, sagt er, auf dieser Tribüne das Wort „Despotismus“ hört, so fragt man sich mit Schrecken, ob es sich um den feierlichen Akt des Aufrufs an das Volk handelt. Um den Aufruf an's Volk zurückzuweisen, muß man sagen, daß Frankreich unfähig oder servil ist. Wir wollen die Volksabstimmung, um das Mißverhältniß zu beseitigen. Wenn ein Souverän sich in der Nothwendigkeit befindet hat, die Freiheiten eines Volkes zu konfirmiren, so ist es seine größte Pflicht, sie wieder zurück zu erhalten. Redner bemerkt, daß alle liberalen Maßregeln, welche die Regierung ergriffen hat, derselben zum Vorwurf gemacht worden sind. Das Plebiszit werde Jeden wieder an seinen Platz stellen und alle die kleinen Berechnungen, alle kleinen Gelüste werden verurtheilt sein, wenn das Land gesprochen haben wird. Die verfaßte Regierung ist aufgehoben, sie hat Frankreich während 16 Jahren die Ordnung und die Sicherheit gegeben.

„Die Schmach und das Verbrechen“, ruft Hr. E. Pelletan; „zur Ordnung!“ erwidert die Rechte. „Man hat nicht verstanden“, ruft das linke Zentrum. Wiederholen Sie die Worte!“ verlangt Hr. de Cassagnac. „Es sei drum“, erwidert Hr. E. Pelletan und fügt folgende Erläuterung hinzu: „Als die Regierung vom 2. Dezember die Abgeordneten ins Gefängniß warf sammt Denjenigen, die heute Minister sind, als sie unsere Freiheiten konfirmirte, da beging sie eine Schmach und ein Verbrechen.“ Ruf zur Ordnung. Zumult. Baron Jérôme David: „Ich habe nie die Apologie der Regierung-geen geführt, die sich in der Nothwendigkeit befinden, die Hand an die Freiheit ihres Landes zu legen.“ Der Zwischenfall wird endlich nicht ohne einigen Lärm beendet.

„In der Politik — fährt der Redner fort — gibt es keine halben Systeme. Von dem Augenblicke an, wo das liberale Regime angenommen ist, muß man es unterstützen und ihm ohne Schwäche folgen.“ Hr. Jérôme David entwirft sodann ein Bild der konstitutionellen Freiheit. „Ein Land ist erst dann wirklich frei, wenn der bescheidenste seiner Bürger seine Rechte geltend machen, sich über die Dinge, die ihm angehen, äußern kann; und wenn er sich über Alles äußern kann, so muß er sich auch über die Grundlagen der Regierung äußern können. Die Reformen, die man in diesem Augenblicke vornimmt, verändern die plebiszitären Grundlagen; es ist daher auch nothwendig, wieder zum Plebiszit zu greifen, sonst würde das Senatuskonsult gar keine Gültigkeit haben. Es dürfen keine Konstitutionen herrschen und das Plebiszit wird alle diejenigen betriegen, welche in Frankreich sowohl das Kaiserreich als die Freiheit gründen wollen.“

Nach Hrn. Jérôme David nimmt Hr. Gambetta das Wort. Schließlich nimmt die Kammer mit 217 gegen 43 Stimmen folgende Tagesordnung an, welcher die Regierung ihre Zustimmung gegeben hat: Nachdem die Kammer die Erklärungen des Ministeriums entgegengenommen hat, geht sie im Vertrauen auf dessen Ergebenheit für die kaiserliche und parlamentarische Regierung zur Tagesordnung über.

Belgien.

Brüssel, 2. Apr. (N. Ztg.) Die Abgeordneten-Kammer genehmigte heute, nachdem die allgemeine Debatte vier Sitzungen in Anspruch genommen hatte, in der Spezialdebatte das Justizbudget mit 60 gegen 32 Stimmen. Wie herkömmlich, bildeten auch jetzt wieder die von dem Justizminister bei dem Richterstande vorgenommenen Ernennungen das vornehmste Element der Debatte, nur daß diesmal von der Rechten gegen den liberalen Justizminister Das vorgebracht wurde, was sonst dem liberalen Kabinett durch die Linke zur Last gelegt wurde. — Trotz der Genehmigung des Justizbudgets ist der bevorstehende Rücktritt des Ministers Bara sehr wahrscheinlich.

Türkei.

Konstantinopel. Der griechische Patriarch Georg in Konstantinopel hat an die ihm unterstehenden Gemeinden in der Türkei einen bemerkenswerthen Hirtenbrief erlassen. Wie alljährlich um diese Zeit, so machen sich heuer zur herannahenden Osterzeit Verfolgungen gegen die Juden bemerkbar, und hiezu bezieht sich das nachfolgende Schriftstück, das wir als einen musterhaften Akt der religiösen Toleranz anerkennen.

Der Aberglaube ist ein verabscheuungswürdiges Ding. Zum Unglück sehen wir beinahe bei allen christlichen Völkern des Orients die extravagante Idee aufstehen, daß die Israeliten Christenblut genießen, um dadurch den Segen des Himmels zu erlangen oder um ihrer traditionellen Wache gegen Christen Genüge zu thun. Deshalb eben sieht man auch oft Anklagen und Konflikte ausbrechen, durch welche die soziale Harmonie unter den Einwohnern desselben Landes, ja sogar ein und desselben Vaterlandes gestört wird. So verbreitet man auch vor kurzem erst das Gerücht von der Entführung kleiner Christenkinder, um Anlaß zu Verdächtigungen zu finden. Wir unfernerseits verabscheuen derartige lügenhafte Ideen; wir betrachten dieselben als Aberglauben beschränkter und glaubensschwacher Menschen und mißbilligen denselben offiziell. Wir glauben, daß jeder fromme Christ vor seinen israelitischen Mitbürgern günstiger denken sollte. Weder die moaischen Gesetze, noch die gegenwärtige soziale Entwicklung der Juden, noch auch die natürliche Sanftmuth derselben rechtfertigen so lügenhafte Zumuthungen. Seid eingedenk der Schwärze und erhabenen Größe des Evangeliums Christi, welches bei Strafe der Hölle selbst Beleidigungen verbietet und Nächstenliebe und Humanität auch gegen Feinde anempfiehlt. Es befehlet auch, daß unsere reinen Seelen ihr Licht auf alle unsere Handlungen vor den Menschen hinstrahlen lassen, damit sie unsere Handlungen sehen, welche den Herrn im Himmel glorifiziren. — Gegeben in unserem Patriarchate, am 18. Februar (4. März) 1870.

Großbritannien.

London, 4. Apr. Unterhausung. Die irische Landfriedensbill erlangte heute Gesetzeskraft. — Der Unterstaatssekretär O'Dway antwortet auf eine Interpellation, daß keine amtliche Korrespondenz mit der Pforte

